

Um das Ausmaß der Ausgleichsflächen wird noch gekämpft

Die Gemeinde Weingarten stellt beim Umweltamt den Antrag für den Lärmschutzwall entlang der Bundesautobahn 5

Weingarten (jum). Einige wichtige Fragen sind noch offen, darunter die Kosten und die notwendigen Ausgleichsflächen. Nichtsdestotrotz stimmte der Weingartener Gemeinderat am Montag bei drei Neinstimmen und einer Enthaltung zu, beim Umweltamt den Lärmschutzwall entlang der Bundesautobahn 5 zu beantragen. Die Gemeindeverwaltung erhielt den Auftrag, baldmöglichst die fehlende Grundfläche zu erwerben, die nach gegenwärtigen Berechnungen noch als Flächenausgleich für den Eingriff in die Natur benötigt werden.

Für die Genehmigung des Antrags sei zunächst unabdingbar, sagte Bürgermeister Eric Bänziger, die gesamte geforderte Fläche von 35 680 Quadratmetern zur Aufforstung nach-

weisen zu können. Derzeit hat die Gemeinde davon 1,8 Hektar zur Verfügung. Sollte sich herausstellen, dass die Flächen nicht in vollem Umfang benötigt werden, könne man sie der Landwirtschaft wieder zur Verfügung stellen. „Die jetzt vorgestellte Variante ist mit allen Behörden abgestimmt und antragsreif. Wenn wir jetzt mit Alternativen kommen, können wir alles in den Papierkorb werfen und es versuchen wieder Jahre.“

Gedanken über den Lärmschutzwall macht man sich schon seit 1998. Ursprünglich sollten für die Gemeinde dabei überhaupt keine Kosten entstehen. Die Firma, die die Recyclinganlage betreut, sollte entlang der Autobahn über Jahre hinweg Erdmaterial verfüllen. Die Aus-

weitung des Wasserschutzgebiets des Zweckverbands Mittelhardt vor etwa sechs Jahren führte zu erhöhten Auflagen und zu Mehrkosten bei der Entwässerung. Dann wurden wegen des schutzwürdigen Heldbockkäfers zwei 5,5 Meter hohe Lärmschutzwallsegmente von insgesamt 190 Metern Länge erforderlich.

„Es ist wichtig, dass wir jetzt endlich zu Potte kommen“, sagte Gerhard Fritscher (CDU). „Es kommen immer wieder neue Hindernisse.“ Durch die Neigung des rund 1 400 Meter langen Walls schaffe die Gemeinde zusätzliche Oberfläche. Dies müsse bei der Berechnung der Ausgleichsfläche berücksichtigt werden. Der Wall wird auf beiden Seiten mit Bäumen bepflanzt. Die Böschungen haben eine Länge

von 450 beziehungsweise 750 Metern Länge. „Es geht nicht nur um Fläche, sondern auch um Wertigkeit“, meinte auch Bürgermeister Bänziger. Er werde die gesamte geforderte Ausgleichsfläche ungerne kampflös hergeben.

Klaus Holzmüller (FDP) wies darauf hin, dass der Dammfuß deshalb so breit werde, weil man neben der Autobahn Platz für eine zusätzliche Spur frei halten müsse. Hier müsse man einhaken. Je weiter des Bauwerk von der Lärmquelle abgerückt ist, desto höher muss es werden, in diesem Fall zehn Meter. „Wir müssen noch viel härter verhandeln, um auf ein Minimum an Ausgleichsfläche zu kommen“, sagte er. Für ihn war die Vorlage an diesem Abend noch nicht zustimmungsfähig.